

Handelsblatt vom 25.11.2009, Seite 7
DER POLITISCHE GASTKOMMENTAR

Obamas Pragmatismus und Europas Missverständnis

In den Beziehungen zwischen Europa – und speziell Deutschland – zu den USA gibt es ein Missverständnis. Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung und andere außenpolitische Positionsbeschreibungen verweisen vor allem auf die gemeinsame Wertebasis der westlichen Demokratie als Grundlage des Verhältnisses. Für die US-Regierung steht die Gemeinschaft der Werte nicht infrage – nur reicht sie nicht mehr aus, um auch eine spezielle Partnerschaft in Weltordnungsfragen zu begründen.

Die Obama-Regierung ist radikal pragmatisch. Dies erklärt auch die auf internationale Kooperation gerichtete Politik des Präsidenten, die uns in Europa so gut gefällt. Wir übersehen dabei gern, dass Europa den Multilateralismus deshalb zum Leitgedanken seines Handelns macht, weil die EU selbst multilateral strukturiert ist. Für Obama dagegen stellt multilaterale Zusammenarbeit eine praktische Konsequenz aus der Veränderung der Welt dar.

Er hat erkannt, dass die globalen Probleme nur mit größtmöglicher internationaler Unterstützung bearbeitet werden können. Die USA suchen deshalb nach Partnern, die effektiv zu Problemlösungen beitragen. Nicht ideologischer Gleichklang steht dabei im Vordergrund, sondern Problembewusstsein und die Bereitschaft, notwendige Ressourcen aufzubringen. Wenn China zur Bewältigung der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise gebraucht wird, kann Peking dabei auch zum wichtigsten Partner Washingtons werden. Wenn Russland hilft, Iran zum Einlenken in der Atomfrage zu bringen, dann kann man bei anderen Fragen auf Russlands Interessen Rücksicht nehmen – selbst wenn das kleineren europäischen Verbündeten missfällt.

Die gemeinsamen Werte der EU-Staaten und der USA bleiben ein wichtiges verbindendes Element. Kitt eben, aber nicht unbedingt Baustein multilateraler Zusammenarbeit. Obama, so sein wichtigster europapolitischer Berater, ignoriere die Wertegemeinschaft keineswegs. Er wisse, dass sich mit liberalen Demokratien leichter Einigkeit über Sachfragen erreichen lasse als etwa mit China. Letztlich aber zähle, was die Partner beitrügen, um gemeinsame Ziele auch umzusetzen.

Dies ist eine pragmatische Einordnung der gemeinsamen Wertebasis in das Instrumentarium der Außenpolitik. Dass die Obama-Regierung bereit ist, mit jedem Partner in der Welt zusammenzuarbeiten, der effektiv helfen kann, ein Ziel zu erreichen, erklärt, warum in der amerikanischen Debatte ein Gedankenkonstrukt wie die „G2“ überhaupt aufkommen konnte, die Idee, dass Amerika und China in Führung gehen könnten, um die Probleme der Welt zu bearbeiten. Politische Systemunterschiede wären dabei zweitrangig. Selbst diejenigen in den USA, die die G2-Idee für weit hergeholt halten, betonen, dass wertegebundene spezielle Partnerschaften wie die amerikanisch-europäische durch die praktische Zusammenarbeit in anderen Regionen der Welt und bei globalen Fragen gerechtfertigt werden müssen.

Konsequenterweise ist in den USA das Interesse an gemeinsamen Institutionen wie etwa dem Transatlantischen Wirtschaftsrat (TEC) nicht unbedingt so groß wie in Europa. Europäer schätzen solche Institutionen an und für sich: Weil sie der Gemeinschaft Strukturen geben und sie auch symbolisch unterfüttern. Amerikaner fragen, welchen Mehrwert solche Institutionen bringen. So werden sich Politik und Wirtschaft in den USA am ehesten vom Sinn einer transatlantischen Wirtschaftsge-meinschaft überzeugen

lassen, wenn damit gemeinsame Standards und technische Normen gesetzt werden können, die die Märkte für Zukunftsprodukte zu „markets of scale“ machen und damit Kosten senken.

Für die politischen Beziehungen gilt Ähnliches. Der Wert der Gemeinschaft mit Europa wird für Washington darin liegen, was die EU und ihre Mitgliedstaaten tatsächlich einzubringen bereit sind, um bei gemeinsamen Zielen auch zu Ergebnissen zu gelangen. Wird die EU beziffern, welche Hilfen sie ärmeren Staaten für Anpassungsmaßnahmen gegen die Folgen des Klimawandels zur Verfügung stellen wird? Sind die EU-Staaten im Fall eines Scheiterns der Iran-Atomdiplomatie bereit, robustere Maßnahmen mitzutragen? Wird die EU in Afghanistan nicht nur Zuständigkeiten für die Polizeiausbildung reklamieren, sondern auch die zugesagte Mindestzahl von Polizisten und Trainern bereitstellen?

Politikplanern in Washington ist nicht entgangen, dass Europa den Lissabon-Vertrag ratifiziert hat. Man freue sich auf die Kooperation mit Europa in seinen „neuen Strukturen“ und schaue dabei auf konkrete Resultate. Der Unterton dieser Botschaft ist klar. Die langjährige Entschuldigung, man müsse erst „Lissabon ratifizieren“, um bestimmte Dinge tun zu können, wird spätestens ab 2010 nicht mehr zählen. Und Europa entscheidet letztlich selbst, ob Washington in ihm auch weiter einen oder sogar den primären Partner für Weltordnungsfragen sehen wird.



Volker Perthes

Der Autor leitet die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.
Sie erreichen ihn unter:
gastautor@handelsblatt.com